

Hoffnung für Jugendwerkstätten

Bundesarbeitsministerin will mit Trägern über neues Finanzierungsmodell reden

VON BÄRBEL HILBIG

Für die finanziell bedrohten Jugendwerkstätten gibt es Hoffnung: Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat gestern bei einem Besuch in Kleefeld den Erhalt der Einrichtungen versprochen. „Diese Arbeit ist wichtig, das wollen wir weiter unterstützen.“ In den Jugendwerkstätten werden junge Männer und Frauen auf Ausbildung oder Arbeitsmarkt vorbereitet, die meist schwerwiegende Probleme wie Sucht, Verschulung, schwierige Familienverhältnisse oder auch eine Behinderung haben. Die Existenz der Werkstätten steht aktuell infrage, weil die Bundesarbeitsministerin generell die Förderung von Ein-Euro-Jobs drastisch kürzen will. Speziell in Niedersachsen werden aber auch die Jugendlichen in den Jugendwerkstätten über Ein-Euro-Job-Verträge qualifiziert. In der Region Hannover

sind mehr als 1000 junge Erwachsene in 14 Jugendwerkstätten von Kirchen und Sozialverbänden betroffen. „Für viele ist ja nach der Schule Schluss. Das ist das Traurige“, erklärte der selbst Betroffene René Goldschmidt von der Leyen gestern bei ihrem Besuch in der Werkstatt Süd des Stadtkirchenverbands.

Der Stadtkirchenverband hatte die Ministerin eingeladen, um ihr das Problem vor Augen zu führen. Aus der Region Hannover hat es eine breite Protestwelle gegeben, zum Beispiel von der CDU-Regionsfraktion und örtlichen Bundestagsabgeordneten. Der Stadtkirchenverband hat auch an den Bundespräsidenten geschrieben. Das niedersächsische Sozialministerium versucht ebenfalls, auf den Bund einzuwirken.

Gestern blieb der Lösungsansatz allerdings noch vage. Von der Leyen will die Förderung für die Jugendwerkstätten umstellen und hat dafür den Trägern



Ursula von der Leyen besucht die Lehrküche der Werkstatt Süd. Steiner

gemeinsame Gespräche mit ihrem Ministerium und dem Landessozialministerium angeboten, um eine „transparente und angemessene Finanzierung“ zu erreichen. Der erste Termin soll vor den Herbstferien liegen. „Ein-Euro-Jobs

sind nichts für Jugendliche. Wir investieren dafür mehr in Qualifizierung und Berufseinstieg“, kündigte sie an.

Die Reaktionen fielen gestern noch sehr verhalten aus. „Die Situation ist ausgesprochen ernst für die Werkstätten und besonders für die Jugendlichen. Das Land Niedersachsen teilt unsere Sorgen“, sagte Christoph Künkel, Direktor des Diakonischen Werks Hannover. Ein Platz in einer Jugendwerkstatt kostet rund 850 Euro, davon kommen bisher 450 Euro vom Jobcenter. Den Rest bestreiten die Träger aus eigenen Einnahmen und verschiedenen Fördertöpfen, die voneinander abhängig sind – ein knapp kalkuliertes und kompliziertes Modell. Mitarbeiter sorgen sich, dass bis zum Inkrafttreten des Gesetzes im April 2012 zu wenig Zeit bleibt. „Wir hoffen sehr, dass die Gespräche tatsächlich eine klare Perspektive bringen“, sagte Künkel.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken